

BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT MISTELBACH

Fachgebiet Anlagenrecht

2130 Mistelbach, Hauptplatz 4-5



Bezirkshauptmannschaft Mistelbach, 2130

via donau - Österreichische Wasserstraßen-
Gesellschaft mbH
Donau-City-Straße 1
1220 Wien
ÖSTERREICH

EINGELANGT

26. Feb 2025

viadonau

Zentrale Tech Gate

Art: RSB

PID: 10152694

OR: GUS

Cc: CHSC

MIW2-NA-2411/001

Beilagen

1 Projektparie

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: anlagen.bhmi@noel.gv.at

Fax: 02572/9025-33231 Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

Bearbeitung

Newald A.

+43 (2572) 9025

Durchwahl

Datum

33283

24.02.2025

Betrifft

Via donau, Mäander D13, Bernhardsthal; **naturschutzbehördliche Bewilligung**

Bescheid

Die Bezirkshauptmannschaft Mistelbach erteilt der via donau - Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH die **naturschutzbehördliche Bewilligung** im Landschaftschutzgebiet „Donau-March-Thaya-Auen“ und Europaschutzgebiet „March-Thaya-Auen“ (AT1202000, AT1202V00) für das Projekt „Thaya Mäanderanbindung beim Durchstich D13“.

Diese Bewilligung wird nach Maßgabe der beiliegenden und mit einer Bezugsklausel versehenen Projektunterlagen, der nachfolgenden Beschreibung, den Gutachten des Amtssachverständigen für Naturschutz vom 27.11.2024 sowie 19.12.2024, Kennzeichen BD1-N-105/060-2024, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Spruches bilden und bei Einhaltung der nachfolgend angeführten Auflagen bzw. Bedingungen erteilt.

Die Fertigstellung ist der Naturschutzbehörde unaufgefordert und unverzüglich zu melden.

A Projektbeschreibung

Die via donau Österreichische Wasserstraßen-GmbH beabsichtigt gemeinsam mit Povodí Moravy die Vollintegration des Mäanders D13 (beidseitig) an die Thaya. Da dieser Mäander auf tschechischem Staatsgebiet zu liegen kommt ist die österreichische Seite nur durch ein halbes Teilungsbauwerk sowie dessen Errichtung berührt. Temporär soll auch die über den Anschluss des Teilungsbauwerkes hinausgehende angrenzende Böschung beansprucht werden. Es wird angeführt, dass sich die vorgesehenen Maßnahmen

hinsichtlich Ausformung und Wirkungsweise dem im Jahr 2022 auf österreichischer Seite umgesetzten Projekt zur Anbindung der Mäander bei den Durchstichen 01, 03, 05 und 12, welche mit dem Bescheid WA1-A-12685/207-2021 wasserrechtlich bewilligt wurden, entsprechen.

Die vorgesehenen Maßnahmen sollen zwischen den Fluss-km 10,5 und 10,8 umgesetzt werden und umfassen auf österreichischem Staatsgebiet die Errichtung von zwei temporären Dämmen im Bereich nach dem zukünftigen Einstrom beziehungsweise vor dem zukünftigen Ausstrom des Mäanders sowie dem Hauptbauwerk der Drosselspundwand (Teilungsbauwerk). Sämtliche Arbeiten erfolgen dabei von tschechischer Seite aus, dies betrifft somit auch die Baustraßen und damit in Zusammenhang stehende (temporäre) Rodungen.

Das Teilungsbauwerk soll in der Betriebsphase einerseits die Umleitung des Abflusses sicherstellen sowie andererseits die permanente Benetzung der Staatsgrenze und damit dem Gewässerbett im Durchstich gewährleisten. Bei Mittelwasser soll damit zumindest 50% des Abflusses im ursprünglichen Verlauf abfließen.

Das Bauwerk soll in Form einer zentralen Spundwand ausgeführt werden. Diese soll laut Planung auf gleicher Höhe wie die angrenzenden Geländeoberkanten eingebaut werden. In den unmittelbar flussauf und flussab der Spundwand befindlichen Bereichen ist die Einbringung von Holzpiloten ca. auf Mittelwasserniveau und im Abstand von 1 m und die anschließende Strukturierung der so entstandenen neuen Uferlinie mit im Zuge des Baus gewonnenen Raubäumen vorgesehen. Die zwischen der Pilotenreihe und den bestehenden Böschungen bestehenden Bereiche werden mit dem anfallenden Aushubmaterial verfüllt und so die Spundwände entsprechend verdeckt. Im Ober- und Unterwasser wird eine angerampte Sohlsicherung mittels Aufbringung einer Filterschicht (Kantkorn) mit aufliegendem Steinwurf hergestellt (vergleiche zur geplanten Ausführung die Abb. 3.2 (Plan D.4.1, TB S. 12 sowie Planbeilage D.4.2)). Die Maßnahmen überspannen eine Länge von etwa 55 m.

Weiters wird im TB auf die ausgewiesenen Schutzziele und die Erhaltungsgrade der Schutzgüter der beiden Europaschutzgebiete eingegangen und die Auswirkungen des Projektes auf diese diskutiert. Dabei wird unter anderem angegeben, dass „im Zuge des Prämonitorings für das Projekt Thaya Wellendynamik (Frangež et al., 2022) [...] im Hauptfluss der Thaya und in den Seitenarmen sowie den Altarmen insgesamt 6.805 Fische aus 31 Arten gefangen [wurden]. Sieben von acht Leitarten und der Großteil der typischen Begleitarten (14 von 17) des Leitbildes waren vertreten. Weiters konnten fünf von 18 seltenen Begleitarten gefangen werden. [...] Im Zuge der Befischung gelang der Nachweis von sechs FFH-Schutzgütern (Bitterling, Schied, Steinbeißer, Weißflossengründling, Streber und Zingel).

Dabei werden die erwarteten positiven Effekte auf u.a. die Fischbestände des gegenständlichen Projektes anhand der mittels Monitorings dokumentierten Effekte bereits umgesetzter Projekte nach deren Fertigstellung dargelegt. Weiters erfolgt eine Einschätzung bezüglich der Auswirkungen auf die nach §§ 7 und 8 NÖ Naturschutzgesetz geschützten Werte.

Zusammenfassend wird dabei ausgeführt, dass das gegenständliche Projekt keine erheblichen negativen Beeinträchtigungen erwarten lässt oder positive Auswirkungen auf das Gewässersystem und die angeschlossenen Lebensräume mit sich bringen wird.

Im Folgenden sollen die im Projekt vorgesehenen Vermeidungs- bzw. schadensvermin-
dernde Maßnahmen aufgelistet werden:

M.1 Baustellenzufahrt nur von tschechischer Seite aus.

M.2 Zur Vermeidung von Trübung erfolgt der Aushub immer von flussab nach
flussauf und die Flutung somit jeweils am Schluss der Grabungsarbeiten.

M.3 Verkleidung der geplanten Teilungsbauwerke (Holzpiloten, Einbau Totholz).

M.4 Kein Erfordernis von Rodungen.

M.5 Keine Arbeiten in der fließenden Welle, welche zu einer Wassertrübung führen,
zwischen Anfang März und Ende Juni.

M.6 Bauruhe von 15. März bis 31. Juli zur Vermeidung negativer Auswirkungen
auf geschützte Brutvögel.

M.7 Optional formuliert: Um etwaige Schädigung zu vermeiden, können vor Beginn der
Baumaßnahmen Großmuscheln geborgen und versetzt werden.

Der Projektbereich befindet sich direkt an der Staatsgrenze zwischen Österreich und
Tschechien und ist hier sowohl von den beiden Europaschutzgebieten „March-Thaya-
Auen“ (AT1202000, AT1202V00), verordnet und ausgewiesen nach der FFH- sowie der
Vogelschutzrichtlinie, als auch vom Landschaftsschutzgebiet „Donau-March-Thaya-Auen“
überlagert. Das Naturschutzgebiet „Rabensburger Thaya-Auen“ liegt etwa 700 m flussab
des Projektbereichs. Weiters befindet sich die Projektfläche in der Region „Donau-, March
-, Thayaauen – Marchfeld“ entsprechend dem NÖ Naturschutzkonzept. Weiters ist der
Projektbereich Teil des überregionalen Wildtierkorridors Thaya-March-Korridor.

Der Landschaftsraum entlang der Thaya im Bereich von Bernhardsthal ist von den an den
Fluss angrenzenden Auwäldern sowie den dahinterliegenden Wiesen geprägt. Markant ist
auch der vom Flusslauf abgerückte Hochwasserschutzdamm, der auch eine Sichtbarriere
von weiten Teilen des Flusshinterlandes auf die Ufer mit sich bringt. Zusammen mit der
March ist die Thaya im Osten von Österreich das landschaftsprä-gende Element. Der
Gesamtgrenzbereich zwischen Břeclav/Bernhardsthal und Bratislava/Hainburg wird, vor
allem in den Sommermonaten, intensiv touristisch genutzt. Zahlreich Wander- Radwege
(Schrattenberg-Bernhardsthal Radweg, NLW, Moravská stezka, Moravská cyklotraza etc.)
begleiten die Flussauen auf beiden Seiten der Grenze. Hierbei liegt der Fokus im Bereich
von Bernhardsthal, also im Projektbereich auf der tschechischen Seite (Europaschutz-
gebiete Soutok - Tvrdonicko (CZ0621027) sowie Soutok - Podluží (CZ0624119). Vor allem
in Österreich, auch im Nahbereich der Projekt-fläche befinden sich Fischerhütten entlang
des Uferbegleitweges. Insgesamt kann der Erholungswert des Bereichs somit als hoch
eingestuft werden.

Entsprechend der Angaben in der Funddatenbank aus den Artikel 17 Berichten gem. FFH-
Richtlinie sind im Projektbereich (Radius 500 m) die Schutzgüter Bitterling, Barbe,
Schlammpeitzger, Steinbeißer, Schrätzer, Schied, Streber, Weißflossengründling, Zingel,
Laubfrosch, Rotbauchunke, Grüne Flussjungfer, * Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und
Fraxinus excelsior (Alno-Padion, *Alnus incanae*, *Salix albae*: 91E0) sowie das Euro-
päische Büchsenkraut (*Lindernia procumbens*) nachgewiesen. Weiters liegen Nachweise

zu den Arten Baumpieper, Bienenfresser, Brandgans, Braunkehlchen, Bruchwasserläufer, Eisvogel, Europäisches Schwarzkehlchen, Feldlerche, Feldschwirl, Fitis, Flussschwalbe, Girlitz, Grauammer, Graureiher, Großer Brachvogel, Habicht, Halsbandschnäpper, Heidelerche, Kiebitz, Kormoran, Löffelente, Mehlschwalbe, Merlin, Mittelmeermöwe, Mittelspecht, Nachtreiher, Raubwürger, Rohrweihe, Rotmilan, Schellente, Schlagschwirl, Schnatterente, Schwarzkopfmöwe, Schwarzmilan, Schwarzspecht, Seidenreiher, Silberreiher, Sturmmöwe, Turteltaube, Wacholderdrossel, Wachtelkönig, Weißstorch, Wendehals, Wespenbussard, Wiesenpieper, Zwergmöwe sowie Zwergtaucher vor.

Im Zuge des Ortsaugenscheins stellt sich der Projektstandort wie folgt dar: Das Gewässer ist von einer steilen Uferböschung, welche mittels Wasserbausteinen gesichert ist, gesäumt. Diese Sicherung ist großteils mit Erdmaterial und Bewuchs überlagert. Im Anschluss daran besteht ein Uferbegleitweg mit dahinterliegender, teil lückiger, bis zu 10 m hoher Gehölzreihe. Die Vegetation besteht aus teilweise typischen Auwaldarten wie Brennessel, Gewöhnlicher Blutweiderich, Kratzbeere, Schwarzer Holunder, Feldahorn, Schwarzpappel, diverse Weidenarten oder auch Schwarzerle sowie auch Arten, welche sich auch aufgrund des Klimawandels in Ausbreitung nach Norden befinden und hier an ihre Verbreitungsgrenze stoßen (Schmalblättrige Esche). Weiters finden sich auch neophytische, teils invasive Arten wie Topinambur, Eschenahorn, Schwarznuss oder Rot-esche, teilweise Bestandsbildend im Projektbereich oder dessen Umgebung. Zum Zeitpunkt des Lokalaugenscheins konnten die Vogelarten Schwarzstorch, Rotmilan, Rohrweihe, Kaiseradler und Seeadler im erweiterten Projektbereich festgestellt werden. Auch eine Biberrutsche war festzustellen.

Etwa 300 m flussauf wurde im Jahr 2021 das mit Bescheid vom 10. Dezember 2020 (MIW2-NA-208/001) bewilligte Projekt Renaturierung "Thaya 2020 - Uferrückbau Mäander D15" erfolgreich umgesetzt. Weiters wurden mit Ende 2022 die Arbeiten bei den Durchstichen D01, D03, D05 und D12 zur permanenten ober- und unterwasserseitigen Wiederanbindung an den Hauptstrom abgeschlossen.

B Auflagen im Sinne der §§ 7 und 8 Naturschutzgesetz 2000

Es sind folgende Auflagen einzuhalten:

A.1 Es ist eine ökologische Bauaufsicht mit profunden Kenntnissen auf dem Gebiet der Ökologie und der Landschaftsplanung sowie mit nachweislichen fachlichen Erfahrungen bei derartigen Verfahren zu bestellen. Die vorgesehene ökologische Bauaufsicht ist der Behörde vor Baubeginn bekannt zu geben, wobei die Zustimmung der Behörde einzuholen ist.

A.2 Die Ökologische Bauaufsicht hat sämtliche naturschutzfachlich relevanten Maßnahmen zu überwachen und für eine der Planung sowie den Auflagen entsprechende Umsetzung zu sorgen. Darunter fallen:

a. Kontrolle über die Einhaltung von Bauzeitbeschränkungen.

b. Baufeldfreigabe vor Baubeginn.

- c. Erarbeitung eines Rekultivierungskonzeptes für die Manipulationsflächen hinsichtlich der Entwicklung einer natürlichen Vegetation.
- d. Veranlassung und Kontrolle von geeigneten Maßnahmen, die eine nicht nötige oder übermäßige Störung benachbarter oder angrenzender Naturräume mildern und verhindern.
- e. Information der Behörde bei unvorhergesehenen Ereignissen und absehbarer Nicht-Einhaltung von erforderlichen Maßnahmen sowie bei Gefahr im Verzug (im Sinne des Konsenses) und Erarbeitung von Handlungs- und Planungsalternativen.
- f. Veranlassung und Kontrolle von geeigneten Maßnahmen, die eine Verunreinigung von Gewässern verhindern (ggf. in unterstützender Zusammenarbeit mit der Wasserrechtsbehörde).
- g. Dokumentation von Ist-Zustand, Bauphase und Rekultivierung für die Behörde (einschließlich Fotodokumentation; siehe A.13)

A.3 Den Anweisungen der Ökologischen Bauaufsicht ist in deren Zuständigkeitsbereich Folge zu leisten.

A.4 Die Letztversion des Projektes sowie der Genehmigungsbescheid sind der ökologischen Bauaufsicht nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

A.5 Baubeginn und Fertigstellung sind der Behörde unmittelbar anzuzeigen.

A.6 Maßnahme M.7 ist verpflichtend umzusetzen. Dabei ist ein Bereich zwischen der oberstromigen Öffnung bis 200 m unterhalb der unterstromigen Öffnung auf Großmuscheln durch eine geeignete Fachkraft abzusuchen.

A.7 Es ist eine Baufeldfreigabe durch die Ökologische Bauaufsicht vor Baubeginn vorzusehen. Im Zuge dessen ist die Böschung, auch unter Wasser, auf das Vorhandensein von Bauten von Biber oder Fischotter zu überprüfen. Sollte ein solcher festgestellt werden, so sind die darin befindlichen Tiere zu vergrämen oder zu fangen und an anderer geeigneter Stelle wieder freizulassen.

A.8 Um die Ausbreitung von Neophyten zu verhindern, ist bereits vor Baubeginn auf eine entsprechende Reinigung der Geräte und Fahrzeuge zu achten.

A.9 Die Zufuhr von mit Neophyten kontaminierten Böden ist durch geeignete Maßnahmen (Kontrolle durch ökologische Bauaufsicht) zu unterbinden.

A.10 Zur Verhinderung der Kontamination des zugeführten Materials ist eine Abdeckung des Materials beim Transport vorzusehen.

A.11 Das Projektgebiet, insbesondere die durch Baumaßnahmen geschaffenen Offenbereiche, sind auf das Aufkommen von Neophyten zu kontrollieren, diese sind effektiv zu bekämpfen (vgl. ÖWAV-Arbeitsbehelf 49: Neophytenmanagement. Behandlung gebietsfremder invasiver Neophyten, Wien 2016).

Die Kontrolle und Bekämpfung hat mindestens zweimal jährlich zu erfolgen und ist für zumindest 2 Jahre nach Projektfertigstellung fortzuführen.

A.12 Nach der Kontrolle der Fläche auf das Aufkommen von invasiven Neophyten und den gegebenenfalls notwendigen gesetzten Maßnahmen zu deren Entfernung, ist mit Ende des entsprechenden Jahres, spätestens mit 31. Dezember, der Behörde unaufgefordert ein entsprechender Bericht (Beschreibung der gesetzten Maßnahmen, Angabe über die jeweiligen Zeitpunkte, Fotodokumentation) zu übermitteln.

A.13 Nach Abschluss der Baumaßnahmen ist der Behörde bis spätestens 31. Dezember des Jahres unaufgefordert ein Bericht (einschließlich einer Fotodokumentation) vorzulegen.

Hinweis:

Diese Bewilligung erlischt, wenn das Vorhaben nicht binnen 2 Jahren ab Erteilung der erforderlichen Bewilligung in Angriff genommen oder binnen 5 Jahren ab Erteilung der Bewilligung fertiggestellt wird.

Kosten

Sie werden gleichzeitig verpflichtet, folgende Verfahrenskosten binnen vier Wochen ab Zustellung dieses Bescheides zu entrichten:

Verwaltungsabgabe	€	133,00
Kommissionsgebühren (1 Amtsorgan, Dauer 2 halbe Stunden)	€	27,60
Summe	€	160,60

(Gebührenhinweis:

Für dieses Verfahren sind nach dem Gebührengesetz feste Gebühren zu entrichten:

Antrag	€	14,30
Beilagen	€	112,20

Summe)	€	126,50
---------------	---	---------------

einzuzahlender Gesamtbetrag: € 287,10

IBAN: AT73 3250 1010 0004 1335

BIC: RLNWATWWMIB

Zahlungsreferenz: 130250041029

Bankbezeichnung: Raiffeisenbank Mistelbach

Empfänger: Bezirkshauptmannschaft Mistelbach - Amtskassa

Zahlungsfrist: binnen vier Wochen ab Zustellung

Bei der Einzahlung bitte unbedingt die **Zahlungsreferenz** angeben!

Rechtsgrundlagen

für die Sachentscheidung:

§ 7, 8, 24, 27 und 31 des NÖ Naturschutzgesetzes 2000 - NÖ NSchG 2000

für die Kostenentscheidung:

§§ 75 - 78 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG

§ 1 der NÖ Landes-Kommissionsgebührenverordnung 1976

§§ 1 und 2 des NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetzes

Tarifpost 74 der NÖ Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2001 in Verbindung mit dem NÖ Landes-Verwaltungsabgabentarif idgF.

Begründung

Die via donau - Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH hat bei der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach um Bewilligung für das im Spruch dieses Bescheides zitierte Vorhaben angesucht.

Zur Klärung der Zulässigkeit dieses Vorhabens hat die Behörde das Gutachten des Amtssachverständigen für den Natur- und Landschaftsschutz vom 27.11.2024 sowie 19.12.2024, Kennzeichen BD1-N-105/060-2024 eingeholt, welches den Verfahrensparteien im Rahmen des Parteiengehörs zur Kenntnis gebracht wurde.

Die NÖ Umweltschutzanstalt hat in ihrer Stellungnahme vom 13.01.2025, Kennzeichen NÖ-UA-V-12828/001-2024, dazu ausgeführt, dass gegen das geplante Vorhaben keine Einwände bestehen, sofern die vom Sachverständigen vorgeschlagenen Auflagen in den Spruch dieses Bescheides aufgenommen werden.

Die Marktgemeinde Bernhardsthal hat in Ihrer Stellungnahme vom 11.02.2025 mitgeteilt, dass die geplanten Maßnahmen nicht dem rechtswirksamen Raumordnungsprogramm widersprechen.

Rechtlich stellt die Behörde hierzu fest:

§ 7 NÖ Naturschutzgesetz 2000 lautet

(1) Außerhalb vom Ortsbereich, das ist ein baulich und funktional zusammenhängender Teil eines Siedlungsgebietes (z.B. Wohnsiedlungen, Industrie- oder Gewerbeparks), **bedürfen der Bewilligung** durch die Behörde:

1. die Errichtung und wesentliche Abänderung von allen Bauwerken, die nicht Gebäude sind und die auch nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Gebäuden stehen und von sachlich untergeordneter Bedeutung sind;
2. die Errichtung, die Erweiterung sowie die Rekultivierung von Materialgewinnungs- oder -verarbeitungsanlagen jeder Art;
3. die Errichtung, Anbringung, Aufstellung, Veränderung und der Betrieb von Werbeanlagen, Hinweisen und Ankündigungen ausgenommen der für politische

Werbung und ortsübliche, eine Fläche von einem Quadratmeter nicht übersteigende Hinweisschilder;

4. Abgrabungen oder Anschüttungen,
 - die nicht im Zuge anderer nach diesem Gesetz bewilligungspflichtiger Vorhaben stattfinden,
 - die sich – außer bei Hohlwegen – auf eine Fläche von zumindest 1.000 m² erstrecken und
 - durch die eine Änderung des bisherigen Niveaus auf einer Fläche von zumindest 1.000 m² um mindestens einen Meter erfolgt;
5. die Errichtung, die Erweiterung sowie der Betrieb von Sportanlagen wie insbesondere solche für Zwecke des Motocross-, Autocross- und Trialsports, von Modellflugplätzen und von Wassersportanlagen, die keiner Bewilligung nach dem Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959 in der Fassung BGBl. I Nr. 14/2011, oder dem Schifffahrtsgesetz, BGBl. I Nr. 62/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 111/2010, bedürfen, sowie die Errichtung und Erweiterung von Golfplätzen, Schipisten und Beschneiungsanlagen;
6. die Errichtung oder Erweiterung von Anlagen für die Behandlung von Abfällen sowie von Lagerplätzen aller Art, **ausgenommen**
 - in der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft übliche Lagerungen sowie
 - kurzfristige, die Dauer von einer Woche nicht überschreitende, Lagerungen;
7. die Entwässerung oder Anschüttung von periodisch wechselfeuchten Standorten mit im Regelfall jährlich durchgehend mehr als einem Monat offener Wasserfläche von mehr als 100 m²;
8. die Errichtung oder Erweiterung von Anlagen zum Abstellen von Kraftfahrzeugen auf einer Fläche von mehr als 500 m² im Grünland.

(2) Die Bewilligung nach Abs. 1 ist zu versagen, wenn

1. das Landschaftsbild,
2. der Erholungswert der Landschaft oder
3. die ökologische Funktionstüchtigkeit im betroffenen Lebensraum

erheblich beeinträchtigt wird und diese Beeinträchtigung nicht durch Vorschreibung von Vorkehrungen weitgehend ausgeschlossen werden kann. Bei der Vorschreibung von Vorkehrungen ist auf die Erfordernisse einer zeitgemäßen Land- und Forstwirtschaft sowie einer leistungsfähigen Wirtschaft soweit wie möglich Bedacht zu nehmen.

(3) Eine erhebliche Beeinträchtigung der ökologischen Funktionstüchtigkeit des betroffenen Lebensraumes liegt insbesondere vor, wenn

1. eine maßgebliche Störung des Kleinklimas, der Bodenbildung, der Oberflächenformen oder des Wasserhaushaltes erfolgt,
2. der Bestand und die Entwicklungsfähigkeit an für den betroffenen Lebensraum charakteristischen Tier- und Pflanzenarten, insbesondere an seltenen, gefährdeten oder geschützten Tier- oder Pflanzenarten, maßgeblich beeinträchtigt oder vernichtet wird,
3. der Lebensraum heimischer Tier- oder Pflanzenarten in seinem Bestand oder seiner Entwicklungsfähigkeit maßgeblich beeinträchtigt oder vernichtet wird oder
4. eine maßgebliche Störung für das Beziehungs- und Wirkungsgefüge der heimischen Tier- oder Pflanzenwelt untereinander oder zu ihrer Umwelt zu erwarten ist.

(4) Mögliche Vorkehrungen im Sinne des Abs. 2 sind:

- die Bedingung oder Befristung der Bewilligung,

- der Erlag einer Sicherheitsleistung,
- die Erfüllung von Auflagen, wie beispielsweise die Anpassung von Böschungsneigungen, die Bepflanzung mit bestimmten standortgerechten Bäumen oder Sträuchern, die Schaffung von Fischaufstiegshilfen, Grünbrücken oder Tierdurchlässen sowie
- Kompensationsmaßnahmen (Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen).

(5) Von der Bewilligungspflicht gemäß Abs. 1 sind Maßnahmen, die im Zuge folgender Vorhaben stattfinden, **ausgenommen**:

1. Forststraßen und forstliche Bringungsanlagen;
2. Bringungsanlagen gemäß § 4 des Güter- und Seilwege-Landesgesetzes 1973, LGBl. 6620;
3. wasserrechtlich bewilligungspflichtige unterirdische bauliche Anlagen (z.B. Rohrleitungen, Schächte) für die Wasserver- und -entsorgung;
4. Straßen, auf die § 9 Abs. 1 des NÖ Straßengesetzes 1999, LGBl. 8500, anzuwenden ist;
5. Maßnahmen zur Instandhaltung und zur Wahrung des Schutzes öffentlicher Interessen bei wasserrechtlich bewilligten Hochwasserschutzanlagen.

§ 8 NÖ Naturschutzgesetz 2000 lautet

(1) Gebiete, die eine hervorragende landschaftliche Schönheit oder Eigenart aufweisen, als charakteristische Kulturlandschaft von Bedeutung sind oder die in besonderem Maße der Erholung der Bevölkerung oder dem Fremdenverkehr dienen, können durch Verordnung der Landesregierung zu Landschaftsschutzgebieten erklärt werden.

(2) In Landschaftsschutzgebieten hat die Landesregierung vor Genehmigung des örtlichen Raumordnungsprogramms oder seiner Änderungen (§§ 21 und 22 des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976, LGBl. 8000), mit Ausnahme der Änderung der Widmungsart innerhalb des Wohnbaulandes und der Festlegung der Widmungsart Land- und Forstwirtschaft im Grünland, sowie im Verordnungsprüfungsverfahren von Bebauungsplänen (§ 88 der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBl. 1000) ein Gutachten eines Naturschutzsachverständigen zur Auswirkung auf die in Abs. 4 genannten Schutzgüter sowie eine Stellungnahme der NÖ Umweltanwaltschaft einzuholen.

(3) Neben der Bewilligungspflicht nach § 7 Abs. 1 bedürfen in Landschaftsschutzgebieten einer Bewilligung durch die Behörde:

1. die Kulturmwandlung von Flächen mit einem Ausmaß von mehr als einem Hektar;
 2. die Beseitigung besonders landschaftsprägender Elemente im Sinne des Abs. 1.
- § 7 Abs. 5 gilt in Landschaftsschutzgebieten nicht.

(4) In Landschaftsschutzgebieten sind bewilligungspflichtige Vorhaben oder Maßnahmen (§§ 7 Abs. 1 und 8 Abs. 3) zu versagen, wenn

1. das Landschaftsbild,
2. der Erholungswert der Landschaft,
3. die ökologische Funktionstüchtigkeit im betroffenen Lebensraum,
4. die Schönheit oder Eigenart der Landschaft oder
5. der Charakter des betroffenen Landschaftsraumes

erheblich beeinträchtigt wird und diese Beeinträchtigung nicht durch Vorschreibung von Vorkehrungen (§ 7 Abs. 4) weitgehend ausgeschlossen werden kann. Bei der Vorschreibung von Vorkehrungen ist auf die Erfordernisse einer zeitgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung soweit wie möglich Bedacht zu nehmen.

Die Behörde hat wie folgt erhoben:

Im Gutachten des Amtssachverständigen für Naturschutz vom 27.11.2024 sowie 19.12.2024 zum Vorhaben wird zusammenfassend festgehalten, dass die geplanten Maßnahmen klar im Einklang mit den Zielsetzungen des NÖ Naturschutzkonzeptes (und der Erhaltungsziele der betroffenen Europaschutzgebiete) stehen. Unter anderem ist im NÖ Naturschutzkonzept vorgesehen:

Fortbestand, Entwicklung und Management (inkl. Revitalisierung) der Auwald-Komplexlandschaften mit ihrem Auenvorland an March, Donau und Thaya mit dem Ziel eines großflächigen Prozessschutzes in diesem (Groß-)Schutzgebiet

Es kommt mit Umsetzung des Projektes zu einer (teil-)eigendynamischen Entwicklung nach der Initialmaßnahme und damit trägt das Projekt mit der Wiederherstellung dynamischer Prozesse und der Förderung der naturnahen Auenlandschaft-Charakteristik zur Förderung und Erhaltung eines naturnahen und landschaftlich wertvollen Gebietes von nationaler und internationaler Bedeutung bei. Mit Eintritt der Vollintegration des Mäanders und der damit einhergehenden, erwartbaren Entstehung neuer, attraktiver Lebensräume wird auch die Bewahrung repräsentativer Landschaftstypen sowie Tier- und Pflanzenarten unterstützt.

Weiters wurde aus naturschutzfachlicher Sicht festgestellt, dass das Projekt „Thaya nature connect D13 – Mäanderanbindung“ weder einzeln noch im Zusammenwirken mit anderen Plänen oder Projekten (unter Voraussetzung der entsprechenden Berücksichtigung) zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Europaschutzgebiete „March-Thaya-Auen“ (AT1202000, AT1202V00), verordnet und ausgewiesen nach der FFH- sowie der Vogelschutzrichtlinie, führen kann. Die Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung gemäß § 10 NÖ Naturschutzgesetz 2000 durch die Naturschutzbehörde ist daher nicht zu führen.

Daher kommt die Naturschutzbehörde zum Ergebnis, dass eine Beeinträchtigung der durch das NÖ Naturschutzgesetz 2000 geschützten Interessen durch die Vorschreibung der im Spruch angeführten Auflagen weitgehend ausgeschlossen werden kann. Die angestrebte Bewilligung konnte daher erteilt werden.

Die im Spruch festgesetzte Erfüllungsfrist wurde so gewählt, dass es innerhalb dieses Zeitraumes möglich ist, das Vorhaben abzuschließen und die Vorkehrungen zu erfüllen.

Die Kostenentscheidung stützt sich auf die angeführten Bestimmungen.

Rechtsmittelbelehrung

Sie haben das Recht gegen diesen Bescheid **Beschwerde** zu erheben.

Die Beschwerde ist innerhalb von **vier Wochen** nach Zustellung dieses Bescheides **schriftlich oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei uns einzubringen**. Sie hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen. Weiters hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Die Höhe der Pauschalgebühr für Beschwerden, Wiedereinsetzungsanträge und Wiederaufnahmeanträge (samt Beilagen) beträgt 30 Euro.

Hinweise:

Die Gebühr ist auf das Konto des Finanzamt Österreich

(IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) zu entrichten.

Als Verwendungszweck ist das Beschwerdeverfahren (Geschäftszahl des Bescheides) anzugeben.

Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ ist als Empfänger das Finanzamt Österreich (IBAN wie zuvor) anzugeben oder auszuwählen. Weiters sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben.

Der Eingabe ist - als Nachweis der Entrichtung der Gebühr - der Zahlungsbeleg oder ein Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung anzuschließen. Für jede gebührenpflichtige Eingabe ist vom Beschwerdeführer (Antragsteller) ein gesonderter Beleg vorzulegen.

Ergeht an:

1. Marktgemeinde Bernhardthal, z. H. der Bürgermeisterin, Hauptstraße 65, 2275 Bernhardthal
2. NÖ Umweltschlichtung, Wiener Straße 54, 3109 St. Pölten
zu NÖ-UA-V-12828/001-2024

Für die Bezirkshauptfrau

Mag. H o n e d e r



